

Dr. iur. Gert Maichel

## **„Mehr Ehrlichkeit in der Energiepolitik!“**

Vortrag vor der Kerntechnischen Gesellschaft

am 11. November 2008 in Berlin

aus Anlass der Verleihung der KTG-Ehrenmitgliedschaft

Einer meiner Vorgänger als Vorstandsvorsitzender der VEW versuchte einmal, gemeinsam mit einem anderen Vorstandskollegen den damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau und Minister Friedhelm Farthmann in einem Gespräch zur Unterstützung für ein neues Kernkraftwerk zu gewinnen. Dieser Kollege, zugleich Parteifreund von Rau, hatte gerade das Rauchen und damit seine Pfeifensammlung aufgegeben.

Während der längeren Unterhaltung schob Rau dem Kollegen eine handschriftliche Notiz zu. Zum Schluss des Gespräches war klar: der Kraftwerksbau hatte keine Chance. Beim Herausgehen lasen die Herren Raus Notiz. Sie hatte folgenden Inhalt:

„Du kriegst das Kernkraftwerk nicht; Du hast mir ja auch nicht Deine Pfeifen geschenkt“.

**Diese – wahre – Geschichte kennzeichnet ein wenig den Zustand der deutschen Energiepolitik, unabhängig davon, wie ernst Johannes Rau seine Bemerkung gemeint haben mag:**

**Wir leben in (energie-) politisch höchst unsicheren Zeiten, ganz speziell in Deutschland, doch sachliche und wirtschaftliche Argumente spielen in der deutschen Energiepolitik praktisch keine Rolle.**

Stattdessen regiert eine Mischung aus Populismus, Gutmensch- und Weltverbesserertum, die zwar mehrheitsfähig, aber weder ökologisch, noch ökonomisch, noch naturwissenschaftlich belastbar ist.

Nur wenige machen sich Gedanken darüber, was für Konsequenzen **das** für unser Land haben wird. Glücklicherweise gehört die Kanzlerin zu den Nachdenklichen. Doch unglücklicherweise hat sie selbst einen Koalitionsvertrag abgeschlossen, der ihr offensichtlich wichtiger war als diese Konsequenzen. Außerdem hat sie dafür auch keine Mehrheit im Bundestag.

Auch **Wolfgang Clement**, der sich – allerdings erst nach seinem Ausscheiden als Bundeswirtschaftsminister - gerade erst in diesem Jahr sehr eindeutig zum „Ausstieg aus dem Ausstieg“ bekannt hat, hat diese Mehrheit nicht. Noch schlimmer: er hat wegen seiner deutlichen Aussprache seiner späten Erkenntnis eventuell bald keine Partei mehr.

Clements Hauptargument ist, dass die Vorstellung der (damaligen) SPD-Führung, mit dem Ausstieg aus der Kernenergie könne Deutschland einen Beitrag zur Verhinderung der Weitergabe von waffenfähigem Material in der Welt leisten, angesichts der jüngsten Entwicklung in der Welt „naiv“ sei.

Dass ihn viele aus der SPD-Führung für seine Auffassung als „bezahlten Lobbyisten der RWE“ schelten, nenne ich perfide. Zwar ist Clement Mitglied des Aufsichtsrats der RWE Power AG, aber nun gerade nicht als Vertreter des Kapitals, sondern als der nach dem

Montanmitbestimmungsgesetz erforderliche und von den Arbeitnehmern vorgeschlagene „neutrale Mann“. Die Vehemenz der Kritik an ihm zeigt, dass die Debatte längst ideologische Züge angenommen hat – und dass deshalb eine rationale Auseinandersetzung mit Kritikern der Kernkraft fast nicht möglich ist.

Dennoch glaube ich fest daran, dass wir diese Auseinandersetzung brauchen, dass wir sie suchen müssen – und dazu brauchen wir **mehr Mut und Ehrlichkeit**.

Lassen Sie uns gemeinsam die Chancen dafür auszuloten.

So beunruhigend der aktuelle Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte für alle Beteiligten erkennbar ist, so beeindruckend finde ich es, dass **die deutsche Politik in der Lage ist**, in großer Geschwindigkeit, international abgestimmt, mit gigantischen Kapitalpaketen der Krise **entgegen zu wirken**.

Bei allen offenen Fragen über die Verantwortung für die Entstehung der Finanzkrise und die zukünftige Rolle des Staates als Eigentümer und Unternehmer auf dem Finanzmarkt, staunen wir wohl alle, **wie schnell und wirksam** der Staat reagieren kann. Wir wissen heute noch nicht, ob all diese Maßnahmen reichen und, was das auf Dauer für die Verfassung der Märkte wirklich bedeutet. Aber man kann doch festhalten, dass offensichtlich der Staat in diesen Dingen handlungsfähig ist und zwar über alle Grenzen hinweg. Und offensichtlich war das auch notwendig, um nämlich die bevorstehende Not zu wenden.

**Leider müssen wir aber auch feststellen: Die Krise vorhersehen und sie verhindern, konnte die Politik trotz mancher Warnungen nicht. Heißt das, dass es auch erst eine dramatische Energiekrise geben muss, bevor die deutsche Energiepolitik rational wird?**

**Denn in der Energiepolitik scheint der deutsche Staat heute nicht handlungsfähig zu sein:** Auf Bundesebene wird Energiepolitik nicht nur im Wirtschaftsministerium, sondern auch im Umweltministerium und im Wissenschaftsministerium und dann wegen der unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen noch stark gegeneinander betrieben.

Hinsichtlich Kernenergie ist die herrschende Politik offensichtlich der Auffassung, dass diese eigentlich **nur ein Umweltthema** und dazu noch unwichtig ist, denn der Bundeswirtschaftsminister kann zu einer sachkundigen Politik nur minimal beitragen. Wenn er es denn wie mit der Endlagerstudie vor wenigen Wochen tut, dann kommt er zu dem von uns schon länger vertretenen Schluss: die Endlagerfrage ist technisch geklärt und muss nur noch politisch umgesetzt werden. Aber Konsequenzen hat das keine.

Dass dieses Thema selbst bei der derzeitigen Koalition immer noch sachwidrig im Umweltministerium verortet ist, hat seinen Grund darin, dass bei den Verhandlungen über die Ressortverteilung die Personalpolitik wichtiger war als die Sachfrage. Dazu kommt noch eine Aufsplitterung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern und Richtlinienkompetenzen der EU, was sich schließlich zu einem unübersichtlichen Wirrwarr verflechtet, das selbst für die Fachleute kaum noch überschaubar ist.

Kein Wunder, dass es dann auch ein Wirrwarr bei den politischen und administrativen Instrumenten gibt, die auf dem Energiemarkt eingesetzt werden.

Auch der Zustand in Wissenschaft und Praxis der Kerntechnik ist immer noch weit entfernt von dem, was für eine optimale Entwicklung in Deutschland erforderlich wäre.

**Der Spitzenplatz, den die Deutschen auf diesem Feld einmal eingenommen haben, wird längst von anderen besetzt.** Die Beschränkung der bundesdeutschen staatlichen

Finanzierung der Forschung auf Sicherheitsfragen, Nonproliferation und Endlagerung wird weiter dazu beitragen, dass Deutschland weltweit marginalisiert bleibt.

Seit Monaten ist die Debatte um die sog. „Renaissance der Kerntechnik“ im vollen Gange. Dabei ist der Begriff Renaissance = Wiedergeburt schon deshalb falsch, weil ja nur das, was einmal gestorben ist, wiedergeboren werden kann.

Gottlob ist die Kerntechnik aber nie gestorben und wird vermutlich auch nie sterben, denn ihre segensreiche Anwendung in z.B. der Medizin und der Materialforschung ist trotz allem nie wirklich in Frage gestellt worden. **Wenn es also eine Renaissance gibt, dann ja nur diejenige des Neubaus von Kernkraftwerken.** Und den erleben wir jetzt in Finnland, Frankreich, Bulgarien und sehr bald auch in England und anderen europäischen und außereuropäischen Ländern.

Deshalb hat Wolfgang Clement Recht, wenn er es als naiv bezeichnet, zu glauben, dass wir in Deutschland bei Verzicht auf die Erforschung und Anwendung von Kerntechnik der Welt einen Beitrag zur Lösung der Sicherheits- und Proliferationsgefahren erbringen.

Das Gegenteil ist der Fall: je mehr wir die Anstrengungen auf diesen Gebieten verstärken, desto mehr könnten wir dazu beitragen, bessere Lösungen für bestehende Risiken zu erarbeiten.

Immerhin ist es bei einigen deutschen Wissenschaftsministern angekommen, dass wir selbst bei einem Ausstieg aus der Kernkraft auf eine Beurteilungskompetenz für die um Deutschland herum ablaufende Entwicklung nicht verzichten können. Sich aber darauf zu beschränken, hieße die gewaltigen Potentiale, die es auch und gerade in dieser Technologie gibt, für Deutschland nicht zu nutzen. Wir wissen, dass es Forschungsansätze gibt, die Kerntechnik noch sicherer, noch wirtschaftlicher zu machen und Halbwertszeiten drastisch zu verringern. Diese Ansätze nicht fortzuführen und anwendungsreif zu entwickeln, würde uns Chancen für Wirtschaft und Wohlstand unseres Landes nehmen. **Deshalb bleibt die Forderung nach einer breiteren Kerntechnik-Forschung das Gebot der Stunde.**

Nun ist das nicht nur eine Forderung an die Wissenschaftspolitiker, sondern an die Energiepolitik insgesamt. Hier bei der Kerntechnischen Gesellschaft muss man nicht daran erinnern, welche Bedeutung die Energie und damit die Energiepolitik für die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes haben. Die rasanten Steigerungen der Öl- und Gaspreise in den letzten zwei Jahren haben wohl auch dem letzten Mitbürger als Autofahrer und Wohnungsheizer klar gemacht, **wie sehr wir mit unserem vitalen Interesse nach Licht, Wärme und Mobilität davon abhängig sind, dass die Energieversorgung kurz- und langfristig sicher und wirtschaftlich gewährleistet wird.**

Unsere Gesellschaft hat es in den ca. 30 Jahren seit der ersten Weltölkrise geschafft, ihre Abhängigkeit von Erdöl immer weiter zu reduzieren. Wie die Enquetekommission des nordrhein-westfälischen Landtages, in der ich mitwirken durfte, in diesem Jahr festgestellt hat, beträgt der Anteil der Kosten für Erdöl- und Erdgas an den Gesamtkosten der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Schnitt weniger als 2 %. Auch in besonders energieintensiven Branchen wie Zement, Stahl oder Glas und Keramik erreicht dieser Anteil keine 4 %. Daran wird deutlich, dass sich unsere Wirtschaftsentwicklung von Öl und Gas schrittweise abgekoppelt hat.

Oder denken Sie nur daran, wie stark die Verbrauchswerte unserer Autos zurück gegangen sind. Der Gesamtverbrauch an Mineralölprodukten in Deutschland ist dementsprechend

trotz gestiegener Fahrzeugzahlen und Fahrleistungen zurück gegangen und wird weiter zurück gehen.

Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir für Verkehr und Wärme, für Licht und Produktion **auf diese Energieträger essentiell angewiesen sind** und dass Störungen des Energieflusses oder große Verteuerungen empfindliche Auswirkungen auf alle nachgelagerten Wirtschaftsstufen und insbesondere den Endverbraucher haben. Dabei muss man nicht nur an die unmittelbaren Wirkungen denken, wie Entzug von Finanzkraft beim Konsumenten oder die langfristige Gefahr der Erpressbarkeit wegen der Konzentration von Erdöl und Erdgas in wenigen Ländern.

Schon jetzt zeigt sich, dass sich Gewichte auf ganz anderen Gebieten erheblich verändern.

Die gewaltigen Finanzströme, die die Erdöl- und Erdgasexportierenden Länder in den letzten Jahren auf sich gelenkt haben, führten ja nicht nur zu dem augenscheinlichen Reichtum von einigen Personen, die die Regenbogenpresse erfreuen, sondern zu einer **Kapitalakkumulation, die ihrerseits nach Wiederanlagemöglichkeiten sucht. Schon jetzt haben sich die riesigen Staatsfonds der Erdölländer an vielen Stellen in der westlichen Wirtschaft eingekauft.** Eine ganze Reihe von Banken hat auf diese Weise neue und gewichtige Aktionäre erhalten. Dass diese auch ihren Einfluss auf die Geschäftspolitik der Häuser ausüben werden, ist mehr als wahrscheinlich. All das läuft auf einer globalen Ebene ab und führt zur Verschiebung von Wohlstand und Macht in der Welt.

Angesichts dessen kann die Bedeutung der Energiepolitik im Guten wie im Schlechten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nun wissen wir, dass viele energiepolitische Entscheidungen inzwischen auf europäischer Ebene fallen. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, erstens viel mehr auf der Europäischen Ebene zu denken und zu handeln und zweitens die Deutschland verbliebenen Entscheidungsspielräume richtig zu nutzen.

Unser **Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet** die Politik auf die **Ziele Wirtschaftlichkeit, Umweltschonung und Sicherheit, die alle zugleich erfüllt sein** müssen. Ich sehe allerdings, dass alle drei Ziele in Deutschland derzeit massiv gefährdet sind. Lassen Sie mich dabei nur das Nebeneinander vom Zertifikatehandel und der Instrumente des Erneuerbaren Energie Gesetzes als Beispiel anführen.

Man mag mit Prof. Sinn der Auffassung sein, dass ein Zertifikatehandelssystem verfehlt ist, wenn es nicht auf alle weltweit angewandt wird. Ungeachtet dessen ist der Zertifikatehandel für CO<sub>2</sub> Emissionen grundsätzlich ein marktkonformes und effizientes Instrument zur Begrenzung und Reduzierung von CO<sub>2</sub> Emissionen.

Genau um dies zu erreichen, wurde aber davor auch das Erneuerbare Energiegesetz (EEG) eingeführt. Das Energiewirtschaftliche Institut in Köln und Prof. Christian von Weizsäcker haben nachgewiesen, dass **das Nebeneinander von zwei unterschiedlich wirkenden Instrumenten zur Erreichung desselben Ziels zu Ineffizienzen führt und damit zu vermeidbaren hohen volkswirtschaftlichen Kosten.** Noch schlimmer: inzwischen wissen wir, dass mit dem EEG auf unser gesamtes Land bezogen eindeutig CO<sub>2</sub> Emissionen nicht gesenkt werden, weil ja die Obergrenze durch den Zertifikatehandel schon festgelegt wurde und der Energieerzeuger jede nicht produzierte Einheit an jemand anderes verkaufen kann. Also wird die CO<sub>2</sub> Emission nicht vermieden sondern nur verlagert. Das hat aber unseren Gesetzgeber bei der Neufassung des EEG im vergangenen Jahr nicht davon abgehalten, dieses Gesetz in seinen wesentlichen Zügen unverändert zu lassen.

Bleibt die Rechtfertigung der Politik, dass man zur Erreichung des Zieles, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch in Deutschland im Jahr 2020 drastisch zu steigern, dieses Instrument EEG benötige.

**Das ist** Industriepolitik zu Lasten des Verbrauchers und Steuerzahlers, denn weil er die vielen Milliarden finanzieren muss, ist inzwischen der Anteil des Staates an den Gesamtkosten des Strombezuges auf über 40 % angestiegen. Im Jahr 2007 hat der Verbraucher auf diese Weise für Solarstrom, der **nur 0,5 bis 0,6% der Stromproduktion abdeckt mehr als 1,8 Milliarden Euro bezahlt und für Windenergie, die immerhin schon 5-6% zu unserer Stromproduktion beiträgt, die stolze Summe von mehr als 3,6 Milliarden Euro.** Das RWI hat für allein für bis 2007 installierte Solarmodule wegen der 20 jährigen Einspeisevergütung „Solarschulden“ in Höhe von über 23 Miard. Euro errechnet.

Damit sind aber zugleich die energiepolitischen Ziele Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gefährdet.

Die Sicherheit deshalb, weil die enorme Steigerung der subventionierten Windkraft automatisch zu einem forcierten Anstieg des Erdgasbedarfes führt. Unbestreitbar erzeugen nämlich Windmühlen an Land Strom nur zu einem Fünftel der Jahreszeit und solche auf der See nur zu einem Drittel. Die restliche Jahreszeit kann eigentlich nur Erdgas dafür sorgen, dass der Stromverbraucher sicher versorgt werden kann. Davon geht im Übrigen auch die Leitstudie 2008 des BMU aus, selbst wenn sie sonst unrealistische Ansätze zeigt.

Der damit stark ansteigende Ergasbedarf kann nur durch weitere Importe abgedeckt werden. **Schon jetzt importieren wir ca. 85 % unseres Bedarfes und davon ca. 35% aus Russland.** Der russische Anteil wird, wenn wir nicht LNG Bezüge drastisch erhöhen, unweigerlich erheblich steigen. Russland hat uns in den nahezu 40 Jahren Erdgashandelsgeschichte eigentlich immer zuverlässig bedient. Aber **eine einseitige Abhängigkeit, die hier am Horizont aufscheint, können wir uns aus Sicherheitsgründen schon deshalb nicht erlauben, weil Erdgas im deutschen Wärmemarkt und in der industriellen Produktion schon jetzt eine so dominante Rolle einnimmt.**

Die Wirtschaftlichkeit wird deshalb gefährdet, weil es erheblich kosteneffizienter wäre, die von der Politik gewollte Einführung durch mehr Forschung und Entwicklung der erneuerbarer Energien zu forcieren.

Es geht ja nicht darum, die Einführung von regenerativen Energien in Frage zu stellen. Hier hat sich in Deutschland und weltweit ein Konsens herausgebildet. Langfristig werden wir schon aus Gründen der Ressourcenschonung auf erneuerbare Energien nicht verzichten können. Es geht auch nicht darum, einen Gegensatz zwischen Erneuerbaren und Kernenergie zu beschwören. Selbst die Industrie hat mühsam gelernt, diesen Gegensatz zu überbrücken.

Wir haben gesehen, dass betriebswirtschaftlich gesehen, Investitionen in die erneuerbaren Energien nicht nur Sinn machen sondern hoch rentabel sind. Nicht ohne Grund haben sich viele Finanzinvestoren auf dieses Gebiet geworfen und erzielen erhebliche Renditen.

**In der öffentlichen Debatte wird jedoch immer wieder der Unterschied zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sinnhaftigkeit verwischt.**

**Der volkswirtschaftliche Sinn von massenhaften Investitionen in Solarzellen beim heutigen Technologiestand lässt sich allerdings nicht ergründen.** Wenn die Vermeidung einer Tonne CO<sub>2</sub> mehr als 500 bis weit über 1000 Euro in diesem Bereich

kostet, während er bei der Nachrüstung von Kohlekraftwerken oder bei der Kernenergie in der Größenordnung von 5-15 Euro/to CO<sub>2</sub> liegt, ist Photovoltaik heute im großen Rahmen volkswirtschaftlich nicht vertretbar!

**Damit ist klar: das „magische“, aber gesetzlich vorgegebene Dreieck, die energiepolitische Zieltrias, ist erheblich aus dem Lot gekommen.**

Man kann sich sehr freuen, dass es offensichtlich einen Konsens über alle Parteien und Richtungen hinweg in der Forderung nach höherer Energieeffizienz gibt. Jeder rechnet dem anderen vor, dass und wie viel man an Energie sparen könne, wenn man die Häuser besser isoliere, neuere Kühl- und Gefrierschränke kaufe, Energiesparlampen einsetze, sich mehr vegetarisch statt fleischlich ernähre, niedervolumige Autos fahre, wenig reise und so weiter und so fort. Der Bundesumweltminister lässt in seiner Leitstudie 2008 sogar noch eine erhebliche – und aus meiner Sicht – unrealistische langfristige Steigerung der Energieeffizienz vorrechnen.

**Ein Blick auf die Realität des Alltags lässt uns andererseits weniger erfreut bleiben.**

Ich gestehe, dass ich mich immer geärgert habe, wenn bei der Einweihung eines neuen Windparks die Offiziellen und allen voran, unsere früheren und heutigen Umweltminister, erklärten und erklären, welche Anzahl **von Haushalten dadurch mit Strom versorgt werden könnten**. Ich habe dabei immer gedacht, es wäre wirklich einmal gut, wenn so ein Windpark einmal ausschließlich an ein bestimmtes Wohngebiet angeschlossen würde. Dann würde nämlich jedem deutlich werden, dass 4/5 des Jahres der Strom einfach ausbleibt, weil der Herrgott soviel Wind einfach nicht wehen lässt. Das mindert nicht den Vorteil der Windanlage, dass sie CO<sub>2</sub>-Emission zu vermeiden hilft, solange der Wind weht. **Dennoch wäre es ein Gebot der Ehrlichkeit, den Bürgern die Tatsache, dass man sich neben jeder Windanlage ein Gaskraftwerk denken muss, deutlich zu sagen.**

Ein anderes Beispiel ist das Argument, dass mit der Förderung der erneuerbaren Energie viele tausend Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen wurden. Die Tatsache, dass erstens es sich dabei um subventionierte Arbeitsplätze handelt und zweitens wegen des Wegfalls von Arbeitsplätzen in der energieintensiven Industrie Deutschlands aufgrund unserer hohen Strompreise der Nettoeffekt für die Arbeitsplätze insgesamt teilweise negativ mindestens aber sehr mager ausfällt, wird meistens unterdrückt.

Die hohe Förderung für die Solarvoltaik-Anlagen erhalten bekanntlich die Betreiber der Anlagen, welche ihrerseits die Systeme bei in- und ausländischen Anbietern einkaufen. Da die **ausländischen Hersteller, allen voran China und Japan**, den größten Marktanteil für Solaranlagen in Deutschland haben, werden sie damit **indirekt am meisten gefördert**.

Man mag dem entgegen halten, dass die deutschen Hersteller auch von der Förderung solarer Stromherstellung in anderen Ländern profitieren. Nur zeugt alles dies nur von wenig Effizienz.

Noch schlimmer wird es, wenn man bedenkt, dass alle jetzt schon installierte Anlagen auf viele Jahre dem Stromverbraucher hohe zusätzliche Beiträge abverlangen, obwohl klar ist, dass sie ohne diese Zwangsumlage auf absehbarer Zeit nicht wirtschaftlich und effizient genug sein werden.

Viele haben sich damit getröstet, dass die Öl-, Gas- und Kohlepreise ja ohnehin weiter steigen und damit die fossile Wettbewerbsenergie schon selbst dafür sorgt, dass die Erneuerbaren bald wettbewerbsfähig werden. Zuletzt hat die BMU-Leitstudie 2008 diese sog. „gridparity“ schon in wenigen Jahren prognostiziert. Diese Hoffnung kann aber

trügen, wie sich gerade in diesen Wochen zeigt, in denen die Ölpreise und damit auch die Erdgas- und Kohlepreise drastisch sinken.

Insgesamt wäre der Ressourcenschonung und der Vermeidung von klimaschädlichen Gasen sicher mehr und schneller gedient, wenn man die Forschungsausgaben verdreifacht und damit die Anstrengungen erheblich erhöht und beschleunigt hätte. Bei insgesamt geringerem Aufwand hätte man sicher mehr an Entwicklung erreichen können. So hat man breitflächig nicht marktgängige Technik in den Markt gedrückt. Schon heute nicht wettbewerbsfähige Technologie wird zwei Jahrzehnte den Markt verstopfen und unser Portemonnaie belasten.

Von der Politik wird immer wieder Offenheit und Ehrlichkeit gefordert, zuletzt dieser Tage in Hessen.

Leider ist die offizielle Politik unserer Bundesregierung in Sachen Kernenergie ein besonders eklatantes Beispiel dafür, dass es oft um ganz andere Ziele geht.

Unsere Bundeskanzlerin scheut sich zwar nicht, als Parteivorsitzende das Festhalten am sog. Ausstieg angesichts der ganz anders laufenden weltweiten Entwicklung öffentlich als „lächerlich“ zu brandmarken. Ihre tatsächliche Politik als realpolitische Kanzlerin ist aber auf den Koalitionsvertrag fixiert, der am Ausstieg aus der Kernenergie festhält.

Eindeutig klar ist damit, dass die Energiefrage Nummer 1 ihr offensichtlich weniger wichtig erscheint als das Festhalten an dieser Großen Koalition.

Die Position des sozialdemokratischen Koalitionspartners wird am besten in einem Schreiben von Umweltminister Gabriel an die SPD-Bundestagsfraktion aus diesem Sommer deutlich.

In diesem Brief

- will er die Energiekosten für Wirtschaft u. Gesellschaft bis 2020 um 20 Milliarden Euro jährlich senken,  
*obwohl er mit insgesamt höheren spezifischen Energiepreisen rechnet,*
- beschwört er die Risiken des Betriebs von Atomkraftwerken,  
*obwohl er, wenn er das ernst meinte und wirklich belegen könnte, rechtlich gezwungen wäre, die Anlagen sofort still zu legen,*
- behauptet er, dass die Ölpreise keinen Einfluss auf den Strompreis hätten, weil in Deutschland kein Strom aus Öl gewonnen würde,  
*obwohl er weiß, dass der Ölpreis direkt auf den Gaspreis wirkt und dieser für den Spitzenstrompreis maßgeblich ist,*
- berichtet er, dass weltweit nur 2 Kernkraftwerke im Bau seien,  
*obwohl er weiß, dass in Finnland, Frankreich, der Slowakei, in Bulgarien, China und Russland konkret gebaut wird und viele andere Länder sehr konkrete Baupläne verfolgen,*
- will er für den Endlagerstandort Gorleben durch einen Vergleich mit möglichen anderen Standorten feststellen, ob er der bestgeeignete Standort ist,  
*obwohl er weiß, dass das Gesetz nur einen geeigneten Standort, aber nicht einen bestgeeigneten Standort verlangt, und dass es bisher keine fachlich relevante Tatsache gibt, die gegen die Geeignetheit von Gorleben spricht,*
- versucht er den Standort Gorleben mit dem Hinweis auf die unbestreitbar skandalösen Vorgänge um Asse zu diskreditieren,

*obwohl jeder weiß, dass Asse wegen des vorgängigen Bergwerksbetriebs und der auch in seiner früheren Verantwortung liegenden Versäumnisse mit Gorleben unvergleichlich ist,*

- behauptet er, dass der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke die Umstrukturierung der deutschen Energiewirtschaft zu einer dezentralen und nachhaltigen Energieversorgung verhindere,  
*obwohl er mit der Forcierung der Offshore-Windenergie geradezu eine zentralere Energieversorgung betreibt und er mit bei Wegfall der Atomkraftwerke steigenden Preisen mit weiterem Verlust an industriellen Arbeitsplätzen rechnen muß.*

**Alle diese Argumente sind, bei Lichte besehen nicht ehrlich, sie verzerren die Tatsachen und lassen die eigentlichen Motive des Umweltministers im Dunkeln.**

Wenn er dann noch dazu bis in die letzte Zeit hinein trotz Aufklärung durch Fachleute wiederholt behauptete, dass Atomkraftwerke schon deshalb auf Dauer keine Lösung bringen könnten, weil die **Reichweite des Urans nur noch 30 bis 40 Jahre betrüge, dann kann man ihn nicht mehr ernst nehmen.** Da er aber verfassungsrechtlich abgesicherte Regierungsverantwortung trägt, bleibt **uns nichts** anderes übrig, als laut zu protestieren. Diesen Protest möchte ich hiermit deutlich erheben.

Es ist ein eklatanter Widerspruch,

- einerseits zu behaupten, das Klimaproblem sei die größte Herausforderung, der sich die Politik derzeit zu stellen habe
- und andererseits diejenige Energie, welche zur Vermeidung dieses Problems einen übergroßen Beitrag leistet, mit falschen Argumenten zu diskreditieren.

Es ist unehrlich, wenn man durch die Angabe von erforderlichen Kraftwerksbauten im Kernenergiebereich eine Scheinrechnung erstellt, die vorgeben soll, dass weltweit die Kernenergie nur einen minimalen Beitrag zur Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen leistet, man aber nicht gleichzeitig darüber informiert, dass allein in Deutschland Atomkraft genauso viel CO<sub>2</sub> vermeidet wie der deutsche Straßenverkehr erzeugt.

Es ist demagogisch, den politischen Gegnern vorzuhalten, dass man mit Kernkraft allein das Weltklima nicht retten könne, wenn das bisher keiner ernsthaft behauptet hat.

Wir sind uns sicher alle darüber einig, dass Kernkraft bei Weitem nicht die einzige Lösung für die Vermeidung von CO<sub>2</sub> ist. Jeder Energieträger hat seine eigenen Vor- und Nachteile in speziellen Verwendungen.

**Die Kernenergie bleibt jedoch einer der wichtigen Beiträge auch für die Klimavorsorge.**

Nun ist nicht zu übersehen, dass in unserer Gesellschaft geradezu eine Begeisterung zugunsten der Erneuerbaren Energien ausgebrochen ist. Bei aller Notwendigkeit, die ich auch persönlich für den zukünftigen Einsatz von Wind-, Solar- Geo- und Bioenergie sehe, so sollte das m.E. nicht zu einer Übertreibung führen, weil sie auch zur Unehrlichkeit führt.

Nachdem sich unsere deutschen Energieunternehmen aber zunächst – aus vielleicht falsch verstandenem volkswirtschaftlichen Argumenten - zurück gehalten haben, engagieren sie sich heute in einem Maße in den Erneuerbaren, das einen schon skeptisch werden lässt. Dazu kommt, dass sie alle damit rechnen, damit auch aus den **Subventionstöpfen** gespeist zu werden. Das wiederum wird den **deutschen Verbraucher letztlich aber noch**



**erheblich mehr treffen**, als ihm das heute schon mit Blick auf seinem Geldbeutel bewusst ist!

Darüber hinaus bewerben die deutschen Stromunternehmen ihre Aktivitäten im erneuerbaren Bereich auf eine Art und Weise, dass der unwissende Bürger schon bald meint, sie setzen nur noch auf diese Energien. So rettet das eine Unternehmen mit Windkraft die Galapagos-Inseln, das andere kann mit Wellenkraftwerken die Öffentlichkeit beglücken, obwohl tatsächlich diese Aktivitäten sicher nur einen kaum zu messenden Anteil an den gesamten Investitionen der betroffenen Firmen haben.

**Ich halte das für problematisch, weil damit der nicht vollständig informierten Öffentlichkeit eine falsche Gewichtung vermittelt wird.** Nicht umsonst glauben nach den Umfragen sehr viele Menschen in unserem Land, dass die Stromerzeugung aus Erneuerbaren schon heute eine überwiegende Realität ist. Dabei wird es schon schwierig genug sein, die von der Bundesregierung avisierte Steigerung auf 30 oder sogar 40% im Jahre 2020 zu erreichen!

**Aber selbst dann wird noch der überwiegende Teil unserer Stromerzeugung aus fossilen Energien und Kernenergie erzeugt werden müssen.** Nun erklärt sogar der Bundesumweltminister hin und wieder – mit schmerzverzücktem Gesicht – dass auch neue Kohlekraftwerke sein müssten.

Wenn aber schon die Energieunternehmen nicht deutlich und häufig genug auf diese Notwendigkeiten hinweisen, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass der Neubau von konventionellen Kraftwerken überall im Land auf den Widerstand der Menschen stößt. Denn die ihnen vermittelten Informationen passen mit den brutalen Forderungen der Realität nicht zusammen.

Dass es - wie in Mainz oder in Baden-Württemberg - mutige Oberbürgermeister gibt, die sich ihrer Partei- oder der Ratsmeinung widersetzen, um vernünftige Lösungen zu erreichen, ist ein – wenn auch kleiner – Trost.

Sie alle kennen das von Frau Professor Noelle-Neumann entwickelte Theorem der **Schweigespирale**: die Menschen neigen unbewusst, aber zwingend dazu, ihre eigene Auffassung in der Öffentlichkeit oder in einer Gruppe nicht mehr laut zu vertreten, wenn sie den Eindruck haben, dass sie damit in der Minderheit sind. Dieses Verstummen oder Schweigen wird immer dann stärker sein, wenn bestimmte Meinungen immer mehr und immer offensiver vertreten werden - wie in einer Spirale.

**Mir scheint, dass wir uns heute in einer solchen Situation gerade, was Energie und Klimaschutz anbetrifft, befinden.**

Wer mit Skepsis gegen die überaus mächtige Gruppe der Klimakrisen-Verfechter das Wort erhebt, macht sich sofort ideologisch verdächtig.

Wer die Wirksamkeit des Kyoto-Protokolls in Relation zu extrem hohen Kosten für den Verbraucher in Frage stellt wird heute sofort in die gesellschaftliche Ecke gestellt. Dabei gibt selbst ein Bericht des Bundesumweltministeriums an, dass die Auswirkung des Kyoto-Protokolls auf die Erwärmung des Weltklimas bis in die Mitte unseres Jahrhunderts in der Größenordnung von weniger als 0,2 Grad Celsius liegt.

Diejenigen, die dann noch fordern, das Kyoto-Protokoll auszusetzen, um mehr Mittel in Forschung und Entwicklung zu konzentrieren, sind so leise geworden, dass sie im Öffentlichkeitsrauschen untergehen. Prof. Sinn, der mit sachlichen Argumenten den

Zertifikatehandel ohne Einschluss aller Länder als sinnlos belegt, wird als „Provokateur“ gebrandmarkt.

Die Schweigespirale funktioniert!

Doch dieses Schweigen derer, die es besser wissen, ist für unser Land fatal. Wir müssen unseren sachlichen Argumente auch solchen Gremien wie dem Rat der EKD deutlich und laut entgegen halten, der unlängst mit kaum haltbaren Argumenten erneut die Kernenergie als nicht verantwortbar hingestellt hat.

Die Energieagentur DENA, die bestimmt nicht als Lobbyarm der Industrie verdächtigt werden kann, hat schon jetzt ausgemacht, dass wir in Deutschland **in einigen Jahren mit Engpässen bei der Stromversorgung rechnen müssen**. Das Bundesamt für Strahlenschutz und das Bundesgesundheitsamt, beide nicht besonders bekannt für Fachkunde bei der Stromversorgung, haben dem vehement widersprochen und das auch noch mit erkennbar falschen Argumenten.

Wir Fachleute müssen daher der Bevölkerung – und den Politikern - deutlich machen, dass wegen der enorm langen Vorlaufzeiten für Kraftwerke Entscheidungen für neue Investitionen **jetzt** getroffen werden müssen und nicht erst dann, wenn Engpässe tatsächlich zu Stromabschaltungen führen

Und erst recht können wir nicht damit rechnen, dass unsere europäischen Nachbarn zur Versorgung Deutschlands Kapazitäten vorhalten.

**Die Energiepolitik ist zu wichtig, als dass man die Bevölkerung über die Konsequenzen von zu teuren oder zu wenig effizienten Maßnahmen im Dunkeln oder im Ungewissen lassen dürfte.**

- **Wir müssen deshalb den Mut haben, der Bevölkerung die unangenehmen Wahrheiten über Wirkungszusammenhänge zu sagen.**
- **Dazu gehört die klare Aussage, dass keine Energieart, auch nicht die Erneuerbaren einen Selbstzweck haben.**
- Dazu gehört die Erkenntnis, dass wir beim derzeitigen Wissensstand nicht allein mit den Erneuerbaren - und natürlich auch nicht allein mit Kernkraft - auf absehbare Zeit Wohlstand und Versorgungssicherheit garantieren können.
- Wir dürfen mit Prof. Sinn laut sagen, dass das Erneuerbare Energien Gesetz keine CO2 Emissionen einspart sondern nur verlagert.
- Wir müssen bei der Politik anmahnen, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten für höhere Kosteneffizienz zu sorgen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass Energieeffizienz nicht auch immer Kosteneffizienz ist.
- Wir müssen fordern, die Forschung in neue Technologien – auch der Erneuerbaren - drastisch erhöhen und zwar zu Lasten der breiten Subventionierung des Einsatzes von nicht marktgängiger Technologie. Dies wird uns schneller und kostengünstiger, zu klimafreundlichen Lösungen führen als die derzeitige Praxis!
- Insbesondere muss die deutsche Forschung für die Kerntechnik der 4. Generation mit inhärent sicheren Kraftwerken, wie dem HTR, und für die Transmutation, die erheblich kürzere Halbwertzeiten ermöglicht, verstärkt werden!

- Wir können gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister laut sagen, dass die Endlagerung technisch gelöst ist und wir müssen fordern, dass die politische Verhinderung beendet wird.

Diese knallharten Forderungen mögen manchen, vor allem in der Politik, zusammen zucken lassen. Aber wir als Fachleute wollen uns nicht in Zukunft vorwerfen lassen, dass wir geschwiegen hätten, obwohl wir es besser gewusst haben. **Und die klare Ansprache der Probleme ist notwendig, wenn wir zu mehr Ehrlichkeit in der Energiepolitik gelangen wollen!**

Wir können heute mit einer gewissen Erleichterung sagen, **dass der sog. Fadenriss in der kerntechnischen Wissenschaft in Deutschland vermieden werden konnte**, denn eine ganze Reihe von Lehrstühlen sind entgegen den früheren Ankündigungen neu besetzt worden und die Industrie hat mit größeren finanziellen Anstrengungen dazu beigetragen, dass mehr wissenschaftliche Arbeiten durchgeführt werden können. Immer noch gibt es schwer erträgliche Einschränkungen für die Forschung in der Kerntechnik. Selbst die für die Medizin so wichtige Strahlenbiologie ist an vielen Universitäten abgewickelt worden.

Dennoch wollen wir uns über die zarten Pflänzlein freuen, die wieder sprießen. Wir sehen ja auch z.B. in den letzten Tag um Gorleben herum, dass die Gegner lautstark und heftig werden, weil sie dies genauso sehen. Lassen wir uns dadurch nicht ablenken: so lautstark und heftig die Demonstranten, die von überall angereist waren, in Gorleben auch waren. Wir wissen aus den Wahlen in der Region, dass die Mehrheit der Bevölkerung das Endlager dort will. Und Stefan Dietrich in seinem heutigen FAZ-Leitartikel hat Recht, dass die Demonstranten sich und der Öffentlichkeit durch ihr eigenes Verhalten bewiesen haben, wie ungefährlich die Abfälle aus Kernkraftwerken sind. Sonst wären sie nicht so sorglos mit den Transportbehältern umgegangen.

Wir müssen unsere Stimme erheben, damit nicht auch die deutsche Energiewirtschaft einen Fadenriss erleidet – und damit die ganze Gesellschaft die erst später folgenden dramatischen wirtschaftlichen Folgen erleiden muss!

Die Kernenergie und die für sie tätigen Menschen insbesondere in Deutschland haben keinen Anlass, sich verunsichert wegzuducken. Gerade in dieser Zeit, in welcher der Verlust an Vertrauen als die Hauptursache für die krisenhafte Zuspitzung der Finanz- und Weltwirtschaft gilt, sollten wir ebenso deutlich darauf hinweisen, dass die deutschen Kernkraftwerke mit ihren nachweislich vorbildlichen Sicherheitsstandards Vertrauen verdient haben. Nur wenige Politiker, wie z.B. die SPD-Bürgermeisterin von Biblis in vorbildlicher Weise, treten in der Öffentlichkeit auf und erklären ihr sachgerecht, dass nahezu alle aus unseren Kernkraftwerken bisher gemeldeten Ereignisse etwas anderes sind als Störfälle

Von Frau Prof. Elisabeth Noelle-Neumann können wir lernen: Die Schweigespirale funktioniert entsprechend der Lautstärke der Argumente – nicht nur ihrer Stichhaltigkeit oder der objektiven Zahl der Verfechter der Thesen. Selbst wenn wir als Fachleute objektiv in der Minderheit sind, haben wir demnach alle Chancen, die Bevölkerung aus der kerntechnischen Schweigespirale zu erlösen – wenn wir laut aussprechen, was wir wissen und denken. Wir haben dann die Chance, mit den Menschen in unserem Land in einen offenen, ehrlichen Dialog über die gesamte Breite der Energieerzeugung und ihren Beitrag zum Wohlstand und zur Sicherung der Zukunft unseres Landes einzutreten. Ich glaube fest: „Mehr Ehrlichkeit in der Energiepolitik“ in Deutschland ist möglich – aber vieles hängt von uns ab. Lassen Sie uns also dazu beitragen, dass das für unseren Staat und unsere Mitmenschen so wichtige Thema Energiepolitik rational geführt wird – und unser Wirtschaftsstandort nicht vom Verschenken von Pfeifensammlungen abhängt!